

Gattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.

Publikationsorgan der Berufsfrankenkassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Pettizeile 1,50 Mark. Verbandsfachen 50% Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet Anfragen sofort zu beantworten.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Ercne Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 34 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 21. August in Händen der Redaktion sein.

Werde ein Mitkämpfer!

Willst Du ein Mensch sein, dann mußt Du erst ein Kämpfer werden! Denn Kämpfer sein, heißt Mensch sein!

Es gibt noch immer Menschen genug, die nichts weiter ihr eigen nennen als ihre Arbeitskraft; die von ihrer Hände Arbeit ihr Leben fristen müssen und doch noch nicht begriffen haben, was sie sich und ihren Klassengenossen schuldig sind. Sie leben in den Tag hinein in einer Sorglosigkeit und Traumbhaftigkeit, die unbegreiflich erscheint. Für jeden der unsere Gesellschaftsordnung und ihre inneren Zusammenhänge nur einigermaßen kennt, muß doch klar sein, daß der Mensch, der nur seine Arbeitskraft als Lebensquelle besitzt, sich mit seinesgleichen vereinigen muß, wenn er sein Leben menschenwürdig leben will.

Alle Unternehmer und Kapitalisten haben sich vereinigt und bemühen sich nach Kräften, ihren Vorteil gegenüber den übrigen Klassen der Bevölkerung wahrzunehmen; insbesondere natürlich gegenüber der Arbeiterschaft. Die Arbeiter, die nicht einsehen können oder wollen, daß ihre Lebensbedingungen ganz allgemein abhängig sind von dem Stand der sozialen Lage der Arbeiterklasse überhaupt, sind geistig zweifellos noch sehr rückständig. Ist dies letztere aber nicht der Fall, dann steht es mit ihnen um soviel schlimmer. Dann sind sie kurzfristige Egoisten, die vielleicht um eingebildeter kleiner Vorteile willen, die sie durch ihre Absonderung als besondere Gunst vom Unternehmer erwarten, zum Verräter an ihren Arbeitsbrüdern werden. Dadurch schädigen sie aber die Allgemeininteressen ihres Berufes in unverantwortlicher Art und Weise, und letzten Endes also sich selbst mit. Sie sind meist betrogene Betrüger, die sich vom Unternehmer ausbeuten lassen, um dann zu gelegener Zeit aufs Pfahler gesetzt zu werden. Dann erst fängt es bei ihnen an zu dämmern,

wie töricht sie gehandelt haben. So haben viele solcher Sünder an ihren Mitarbeitern, an sich selbst und ihren Familien, in späteren Jahren den Anschluß an den Verband noch gesucht und gefunden.

Ein Leben voll Enttäuschungen erst hat sie zu der späten Erkenntnis bringen können, was sie alles verschuldet und versäumt haben.

Sie hatten verabsäumt Kämpfer zu sein, so blieben sie unorganisiert und halbe Menschen. Ein ganzer Mensch muß Mitkämpfer sein! Ein Mensch, der Kämpfer ist, berauscht sich nicht an kindischen Einbildungen. Der Unternehmer, der heute die treue, uneigennütige, wenn auch selbstverräterische Hingabe des Arbeiters zu würdigen müßte, in der vom Arbeiter erwarteten Weise, ist eine Rarität. Gewiß, zu würdigen wissen die Unternehmer kriecherische und knechtische Arbeiter, solange sie sich willig ausbeuten lassen und genügend arbeitsfähig sind. Ränger aber gewiß nicht.

Diese Binsenwahrheit muß allen Arbeitern klargemacht werden, damit sie nicht den besten Teil ihres Lebens, solange sie kräftig und am leistungsfähigsten sind, in selbstbetrügerischer Gleichgültigkeit verdämmern.

Deshalb müssen schon die jungen Kollegen zur Erkenntnis gebracht werden, daß heute keine unorganisierten Arbeiter mehr geduldet werden können.

Sie müssen zu Mitkämpfern gewonnen werden.

Lebenszweck geistig vortwärtsstrebender Menschen muß es sein, nach Kräften dazu beizutragen, damit die Menschheit auf eine immer höhere Kulturstufe gelangt. Darin ist alles einbegriffen, was unser Leben lebenswert macht. Auf eine höhere Kulturstufe gelangen, schließt ein, menschenwürdige Existenz in jeder Hinsicht. Die Berufstätigkeit bildet die Quelle und Grundlage der Existenz, sie ist das Mittel, welches uns in den Stand setzt, den eigentlichen Lebenszweck zu erfüllen.

In Erkenntnis dieser Tatsache muß unser Bestreben natürlich und in erster Linie darauf gerichtet sein und bleiben, die Berufsverhältnisse so zu verbessern, daß sie die Erwartungen erfüllen, die wir ertreiben.

Wir wollen nicht verkümmern an Körper und Geist, aufwärts soll unsere Bahn führen, zu höherer geistiger Vollkommenheit. Es genügt nicht, daß wir arbeiten, essen und schlafen dürfen, und das oft in unzureichender Verteilung; wir wollen Menschen sein in des Wortes vollster Bedeutung. Wer das will und nach Kräften dazu beitragen will, daß wir dieses Ziel erreichen, muß dafür sorgen, daß es bald keine Unorganisierten mehr gibt. Er muß dafür sorgen, daß alle sich dem Verband anschließen, die noch abseits stehen. Wer sich dem Verband anschließt und Seite an Seite mit uns kämpft, bringt zum Ausdruck, daß er sich des Wortes bewußt geworden ist: Kämpfer werden heißt Mensch sein!

Mensch und Kämpfer sein, wach erhebender Gedanke. Du Inbegriff aller guten menschlichen Eigenschaften. Gemein Sinn, Solidarität, höchste sittlicher Wille, moralische Kraft sind darin enthalten. Das persönliche Interesse verliert sich im Kollektiv- oder Gesamtinteresse und kommt doch zugleich darin in viel stärkerem Grade zur Verwirklichung.

„Der Mensch bedarf des Menschen sehr zu seinem großen Ziele. Viel Tropfen geben erst das Meer, viel Wasser treibt die Mühle.“

Wer nicht organisiert ist, ist daher eigentlich noch kein rechter Mensch, er ist nur sozusagen ein halber Mensch.

Ein kurzfristiger, kleinlicher Egoist ist der Unorganisierte, der wunder meint, wie schlau er handelt und in Wirklichkeit sich doch nur selbst den kulturellen Aufstieg verammelt. Der Unorganisierte trägt nicht das geringste dazu bei, die Berufsverhältnisse zu verbessern, die Löhne zu erhöhen, anständige, gerechte Behandlung zu sichern.

Der Unorganisierte kann höchstens im Einzelfalle, auf Kosten seiner sämtlichen Mitarbeiter, kleine persönliche Vorteile ergattern, niemals aber für die Gesamtheit, diese schädigt er ständig.

Der Unorganisierte bildet daher eine Gefahr für die Gesamtheit, weil er sich beim Arbeitgeber Diebstahl zu machen sucht.

Bist Du noch nicht organisiert, so schließe Dich unverzüglich unserem Verband an. Werde Dir bewußt, daß Du erst Mensch wirst, wenn Du Kämpfer bist!

Denn Mensch sein, heißt Kämpfer sein!

Das wahre Gesicht!

Auch der Bolschewismus und Kommunismus kann die Menschheit nicht erlösen. Das ist der Sinn eines Artikels, den von Gerlach in der „Welt am Montag“ vom 26. Juli unter der Überschrift „Denaturierter Bolschewismus“ veröffentlicht hat. Wir können nur einige Stellen aus dem Artikel zitieren; diese sagen aber gerade genug.

„Das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter ist durch die Diktatur der von Moskau (Lenin) eingeschickten Fabrikleiter ersetzt worden. Die alten kapitalistischen Direktoren stehen mit sehr anständiger Entlohnung an der Spitze der Sowjetfabriken. Im Zwangssystem und einer Militarisierung, die an den Jesuitenstaat in Paraguay oder Militärstaat der Dohergzellen erinnern, gibt es den Freiheitskampf. Was Herr Krassin in London angeboten hat, ist kapitalistisch; man kauft die Russen genau so, wie es nur je eine kapitalistische Regierung getan hat.“

Bolschewismus und Imperialismus, die Extreme berühren sich. Imperialismus zum Ziele einer kommunistischen Ueberrennung ganz Europas. Für letzteres Ziel machen die Kommunisten Propaganda.“

Die „Welt am Montag“ kommt etwas spät zur Erkenntnis; sie trägt ein gerüttelt Maß voll Schuld an der Verheerung der Berliner Arbeiter, sich an utopistischen Zielen zu betauschen.

In derselben Nummer der „Welt am Montag“ richtet Hans Reus gerabende, bewegliche Worte an die deutschen Arbeiter. Er schreibt:

„Vor wenigen Monaten haben die deutschen Arbeiter sich in der Not zusammengefunden, aber schon längst ist die Lehre wieder vergessen. Die Feinde der Verständigung haben wieder Oberwasser. Die Reaktionsäre lachen sich ins Häufchen, freuen sich wie die Feinde über ihre Bundesgenossen im Lager ihrer Feinde — in unserem Lager — freuen sich wie Strohe, denen ihr Opfer blind in die Falle geht! Es ist zum Kollern! Ich muß gestehen, daß einem bei solchen Erfahrungen bisweilen der grimmige Wunsch anreißt, man möchte die Verderber bei allen Teufeln sehen und sie selbst dahin befördern!

Sozialdemokraten in Deutschland! Habt Ihr kein Einsehen?

Gewiß, die Tatsachen werden bald genug die Arbeiter wieder zusammenführen! Die Gewalt der Ereignisse und Bedrängnisse wird das Jähre tun! Die Revolution wird aufsteher und das Reich wieder aufwühlen. Man beobachte die Beweglichkeit, die Neugier und Verlogenheit, die schamlose Frechheit der Reaktionsäre überall, — sie reden Wände überzeugender Sprache! Die Banditen der Gegenrevolution grinsen längst vor Uebermut und Siegesziertheit. Sie gehen aufs Ganze und schreden auch vor der Konsequenz nicht zurück, daß die Offenheit ihres Vorhabens den Brand des Gegenseitigen zu Flammen aufschürt und blutige Zusammenstöße heraufbeschwört!

Gewiß, es wird wieder Siegeszüge aus den Ecken der Ereignisse und Kräfte schlagen. Die Wellenlinie des Volksgedankens wird wieder zur Brandung hinaufzuführen, und dann wird das Proletariat einig sein! Aber das ist das Hundsgemeine, daß die Unvernunft vorher — jetzt! — für jene Zeit des Zusammenpralls alle Waffen in die Hände der Feinde der Republik liefert!

Arbeiter, paßt auf! Werdet vernünftig! Vertrag! Euch! Ihr werdet sonst bald in Eurem Blute gebadet werden und dann — zu spät! — Euch und Eure eigene Torheit verfluchen, die Euch Euren Feinden auslieferet! Höret auf meine Warnung jetzt! Es würde mir keine Bemütigung sein, wenn Ihr Euch dieser Warnung erst erinnert, wenn die Kugel schießt, der Säbel haut, — Euch haut, auf Euch schießt, — und wenn Ihr selbst dann ganz ohne Waffe und Wehr und Hilfe seid, weil Ihr selbst dieses alles Euren Todfeinden in die Hände gespielt habt!

Haben wir nicht schon früher und in Nr. 26 einen gleichen Appell an unsere Leser gerichtet? — Aber es hilft alles nichts, die Arbeiter wollen nicht sehen und nicht hören, wenigstens nicht früher, bis sie am Spieße zappeln. Auch die Hoffnungen der Kommunisten sind trügerisch, weil für jeden, der die heutigen Machtverhältnisse ohne Voreingenommenheit beurteilt, klar ist, daß die Zeit für die Verwirklichung des Kommunismus (siehe das russische Beispiel) noch lange nicht erfüllt ist.

Schon vor einem halben Jahr und kürzlich erneut hörte ich von Vertretern bürgerlicher Weltanschauung äußern: „Wir müssen durch den Bolschewismus, je früher er kommt, um so besser!“ Und sehen wir nicht an allen Ecken und Enden, wie verborgene Kräfte bemüht sind, kommunistisch-bolschewistische Propaganda zu fördern.

Man wartet eben gierig darauf, daß es losgeht, um dann mit um so größerer Brutalität der „Hydra“ den Garaus zu machen und die schrankenlose kapitalistische Herrschaft um so mehr befestigen zu können. Daß man bezahlte, ehrlose Subjekte genug findet, die durch überbordante Forderungen überpannte Menschen zu verbrecherischen Dummheiten mißbrauchen, haben die bereits entlarbten Spieße zur Genüge betrieften.

Den Leuten, die sich so gern auf Webel berufen, muß immer wieder gesagt werden, daß Webel niemals eine Revolution im Dreiflügelinn befürwortet hat.

Das wahre Gesicht des Bolschewismus sieht demnach wesentlich anders aus, als es sich viele begeisterte Enthusiasten vorgestellt haben. Trotzdem wird es ihnen, wie gesagt, sehr schwer werden, das einzusehen.

Die Kosten der Lebenshaltung.

Das Existenzminimum ist nach den vergleichenden Berechnungen der Wirtschaftsstatistiker über Preise und Löhne für ein Ehepaar mit zwei Kindern in den letzten sechs Monaten wie folgt angegeben:

Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
256	320	366	370	295	328 Mk.

Dabon entfielen auf die Ernährung allein:

Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
102	123	150	167	121	138 Mk.

Um Frau und Kinder zu erhalten, d. h. notdürftig, muß der Verdienst pro Tag mindestens 66 Mk. betragen, gleich 330 Mk. pro Woche. Wie weit sind wir davon entfernt? Und die Arbeitgeber wollen die Löhne abbauen.

Die politische Lage.

Der polnisch-russische Krieg scheint sich zu einem Weltkonflikt auszuweiten zu wollen. Wenn die Engländer jetzt die Angriffe Polens auf Rußland bedauern, so sollten sie nicht vergessen, daß dieses zu spät kommt. Als Polen die Russen zuerst angriff, sah England still zu und freute sich, nachdem die Polen aber zurückgetrieben werden, sehen sie ihre geheimen Absichten gefährdet. Die Besetzung Danzigs und die Einrichtung des Korridors nach Polen sollen der Ausbreitung des Ostens dienen, die der ganzen englischen Politik zugrunde liegt. Nach dem „Berliner Tageblatt“ sollen sich französische Zeitungen — der „Matin“ — dahin ausgesprochen haben, daß zwischen Polen und Rußland irgendeine geheime Abmachung bestehen müsse, nach der sich die polnische Armee freiwillig zurückzieht. Sowie Rußland verlangt direkten Verkehr nach dem Westen, während die Entente Deutschland von Rußland absondern will.

Den Bolschewismus gebraucht man zum Grauslichmachen. Wenn man der bürgerlich-reaktionären Auffassung Glauben schenkt, haben zaristische Generale bereits alle Macht in Händen, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis das alte System wieder da ist.

Was wir auch über die Situation hören und sehen, alles ist Kombination, und nur die Drahtzieher wissen genau, um was gespielt wird. Ob die neuerliche Solidaritätserklärung der Sozialisten in Genf Laten zeitig, muß abgewartet werden. Dem Boykott gegen Ungarn soll eine Flutwelle Rußlands folgen. Es ist das ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Sozialismus und Militarismus, der sich hier anspricht und der ungeheure Ausdehnung annehmen kann.

Die kapitalistischen Interessen suchen sich natürlich den Rang gegenseitig abzulaufen, um die Bodenreichtümer in ihre Hände zu bekommen, denn darum handelt es sich letzten Endes. So wird jetzt behauptet, auch zwischen Rußland und Deutschland bestehe ein geheimes Abkommen, um den Versailles Friedensvertrag aufzuheben. In Wirklichkeit will man nur Kräfte haben, um gegen Deutschland in rücksichtslosester Art und Weise vorzugehen zu können. Im Saargebiet spielt sich bereits das Vorspiel ab. Es hat den Anschein, als brennt man in Frankreich nur darauf, aus ganz Deutschland ein Nordfrankreich zu machen.

Wenn in all diesen Gerüchten und Kombinationen ein wenig Wahrheit enthalten ist, so ist es vor allem die, daß die Entente fürcht, Rußland, Polen, Deutschland, Oesterreich usw. könnten sich doch noch zu einer Interessengemeinschaft zusammenschließen. Dann wären sie um die Früchte der ganzen Kriegsarbeit gebracht. Das diplomatische Manöver muß also darauf gerichtet sein, die Einigung der genannten Völker zu hintertreiben — und wenn der Weltbrand nochmals entzündet werden muß. Eine verheerende Situation!

Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge.

Die Änderungen, die in der letzten Zeit die Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge erfahren haben, lassen es geboten erscheinen, dieselben in ihren wichtigsten Punkten hier zusammenzufassen.

Einmal handelt es sich um die Anpassung der Unterstützung an die teuren Lebensverhältnisse, also um eine Erhöhung der Sätze, und um weiteren Ausbau nach der Richtung der Beschaffung von Arbeit. Auf den Wiedererwerb muß immer wieder hingewiesen werden, der darin liegt, daß Hunderttausende von Arbeitern unfreiwillig feiern müssen, während fortgesetzt darüber gellacht wird, daß es an allen wichtigen Waren mangelt, um den Inlandsbedarf zu decken und vom Ausland Rohstoffe einzutauschen.

Nach wie vor haben die Gemeinden die Pflicht, eine Fürsorge für Erwerbslose einzurichten, wo ein Bedürfnis besteht, d. h. wo Erwerbslose vorhanden sind. Den Gemeinden bleibt es aber fortan überlassen, die Höhe der Unterstützung festzusetzen. Die Bestimmung, daß der Mindestlohn die Höhe des Ortslohns betragen soll, kommt in Fortfall. Dafür werden Höchstätze eingeführt. Danach kann an Orten, wo der Ortslohn höher ist, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Unterstützung auf die Höhe des Ortslohns gebracht werden. Diese Höchstätze sind nach Klassen gegliedert, wie sie für die Gewährung von Ortszuschlägen für die Reichsbeamten aufgestellt sind.

Die Höchstätze betragen für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, für die Ortsklassen A 8 Mk., B 7 Mk., C 6 Mk. und D und E 5 Mk. täglich. In denselben Abstufungen betragen die Sätze für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie mit einer anderen Person dem Haushalt teilen, 7 Mk., 6,25 Mk., 5,50 Mk. und 4,50 Mk. Für die entsprechenden Gruppen weiblicher Personen betragen die Sätze 6 Mk., 5,25 Mk., 4,50 Mk. und 2,50 Mk. Für männliche Personen unter 21 Jahren betragen die Höchstätze in

den genannten vier Ortsklassen 5 Mk., 4,50 Mk., 3,50 Mk., 2,25 Mk. und 2 Mk. Hierzu werden Familienszuschläge gezahlt, und zwar für den Ehegatten 3 Mk., 2,75 Mk., 2,50 Mk. und 2,25 Mk. und für je ein Kind und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 2 Mk., 1,75 Mk., 1,50 Mk. und 1,25 Mk. Diese Zulagen, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Äquivalent der ihm gewährten Unterstützung nicht übersteigen.

Die Anwendung für die Erwerbslosenfürsorge trägt das Reich zu sechs Zwölftel, vier Zwölftel trägt das Land und zwei Zwölftel die Gemeinde. Wenn die Gemeinde in besonderer Notlage sich befindet, kann ihr auch noch diese zwei Zwölftel zurückerstattet werden.

Zu den neuen, die Fürsorge einschränkenden Bestimmungen gehört die, daß die Unterstützung allgemein nur für einen Zeitraum von 26 Wochen gewährt werden darf. (Siehe die Bekanntmachung des Reichsarbeitsministeriums hierzu, abgedruckt in Nr. 32 d. Bl., Seite 139.) Eine erneute Fürsorge kann nur gewährt werden, wenn weitere 26 Wochen verstrichen sind, gleichviel ob der Erwerbslose inzwischen gearbeitet hat oder nicht. Für Angehörige von Berufen, die einen besonders günstigen Arbeitsmarkt aufweisen, kann nach besonderen behördlichen Anordnungen eine Beschränkung der Unterstützungsdauer auf 15 Wochen eintreten. Weiter gelten jene Personen, die wegen einer 66% v. G. übersteigenden Vereinträchtigung der Erwerbsfähigkeit eine Rente beziehen, als nicht arbeitsfähig und haben keinen Anspruch auf Unterstützung. Es steht auch nicht mehr im Ermessen der Gemeinden, ob sie die Fürsorge erst nach einer kurzen Wartezeit gewähren wollen, sondern es ist jetzt, von einigen Ausnahmefällen abgesehen, eine Wartezeit von mindestens einer Woche unbedingt vorgesehen. An fremde, im Haushalt eines Erwerbslosen sich aufhaltende Personen dürfen Unterstützungen nicht mehr gezahlt werden. Unterstützungen, die ein Erwerbsloser auf Grund eigener oder fremder Vorzüge bezieht, sowie Rentenbezüge sind für die Beurteilung der Bedürftigkeit zur Hälfte in Betracht zu ziehen und in diesem Umfang auf die Unterstützung anzurechnen.

Die Fürsorge soll nach wie vor nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen, über 16 Jahre alten Personen gewährt werden, die sich infolge des Krieges durch gänzliche oder teilweise Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden. Erwerbslosigkeit ist nicht als Kriegspolose anzusehen, wenn sie durch Ausstand oder Aussperrung überwiegend verursacht ist. Jedoch kann in solchen Fällen frühzeitig nach vier Wochen Unterstützung gezahlt werden.

Die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge hat eine Verbesserung erfahren. Sie besteht in der Unterstützung von Maßnahmen, die geeignet sind, die Erwerbslosen schnellstens in geeignete Beschäftigung zu bringen. Zu dem Zwecke können Darlehen oder Zuschüsse aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gewährt werden. In Frage kommt hier die Veranstaltung von Kurzen zur Berufsumlenkung (für die der „Arbeitsnachweis“ erhöht worden ist), die Durchführung von Hausarbeiten, bei denen die Gemeinden von Zuschüssen befreit werden können, usw.

Eine große Bedeutung hat gegenwärtig die sogenannte „Mutterarbeiterunterstützung“. Diese ist wie früher geblieben. Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschäftigung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnfortzahlung ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern 70 v. G. des Wochenarbeitsverdienstes ben Unterstützungsbetrag der Woche bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages, jedoch zusammen nicht mehr als den bisherigen Arbeitsverdienst bei voller Arbeitszeit. Auf Grund anderweiter Vorschriften sind bestimmte Arbeitgeber verpflichtet, die Arbeitszeit auf eine Mindestzahl von Stunden zu beschränken, bevor Entlassungen von Arbeitern vorgenommen werden dürfen. Namentlich dieser Bestimmung ist es zu danken, wenn selber die Arbeitslosigkeit noch keinen größeren Umfang angenommen hat. Die Zahl der Erwerbslosen hat im Augenblick sogar einen gewissen Tiefstand erreicht.

Die Änderungen, die in der letzten Zeit die Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge erfahren haben, lassen es geboten erscheinen, dieselben in ihren wichtigsten Punkten hier zusammenzufassen.

Einmal handelt es sich um die Anpassung der Unterstützung an die teuren Lebensverhältnisse, also um eine Erhöhung der Sätze, und um weiteren Ausbau nach der Richtung der Beschaffung von Arbeit. Auf den Wiedererwerb muß immer wieder hingewiesen werden, der darin liegt, daß Hunderttausende von Arbeitern unfreiwillig feiern müssen, während fortgesetzt darüber gellacht wird, daß es an allen wichtigen Waren mangelt, um den Inlandsbedarf zu decken und vom Ausland Rohstoffe einzutauschen.

Die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder Ende Juli 1920.

Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit Ende Juli berichteten 200 Verbandsstellen. Leider vermischen wir die Berichte aus 42 Orten, nämlich aus: Achaffenburg, Augsburg, Beckh, Badoll, Bonn, Breslau, Bries, Cöthen, Crefeld, Döbeln, Dülken, Eichenach, Esleben, Ekerfeld, Erlangen, Frankenthal, Friedland, Gelsenkirchen, Glauchau, Gummertshaus, Heilbrunn, Jechow, Kassel, Köln, Konstanz, Kuggenbohr, M.-Gladbach, Neubrandenburg, Nordhausen, Oberhausen, Osterleben, Paderborn, Regau, Plauen, Potsdam, Rendsburg, Saarlücken, Trier,

Um, Waldheim, Wefel und Herbst. Das Fehlen der Berichte aus so vielen Orten ist bedauerlich, denn sie umfassen mit 4661 Mitgliedern fast 12 Proz. unserer Mitgliedschaft. Während in einigen Bezirken alle Verwaltungen berichtet, zeigen andere Bezirke so große Lücken, daß sich Berechnungen für den Bezirk nicht ausstellen lassen. So fehlen im Bezirk Rheinprovinz von 21 Orten 11, darunter so bedeutende Orte wie Köln und Elberfeld. Die Arbeitslosen-Statistik ist keine müßige Spielerei, sondern eine äußerst wichtige Verbandsaufgabe, die nur durch schnelle und genaue Berichterstattung aller Ortsverwaltungen erfüllt werden kann. Jede Verwaltung muß am letzten Sonntag des Monats die Zahl der an diesem Tag arbeitslosen Mitglieder feststellen und uns sofort melden. Die nächste Feststellung erfolgt am Sonntag, den 28. August. Die ganze Berichtskarte muß am 1. September in unseren Händen sein.

In den 200 Orten, für welche berichtet wurde, waren 30 612 männliche und 6406 weibliche Mitglieder. Von diesen waren arbeitslos: 7233 männliche und 1553 weibliche Mitglieder. Von zusammen 87 108 Mitgliedern waren demnach 8816 oder 23,8 Prozent arbeitslos. Der Anteil der männlichen und weiblichen Mitglieder ist prozentual fast gleich groß, da 23,7 Proz. der männlichen und 23,9 Proz. der weiblichen Mitglieder arbeitslos waren. Es zeigt sich also eine erhebliche Verschärfung der Krise gegen Ende Juni, wo wir feststellten, daß 18,8 Proz. der männlichen und 13,7 Proz. der weiblichen Mitglieder, zusammen 17,9 Proz. der Gesamtmitgliedschaft arbeitslos war.

Der Grad der Arbeitslosigkeit ist in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. Am schlimmsten mitet die Arbeitslosigkeit in Hesse, Hessen-Nassau, welches 34,1 Proz. der Mitglieder arbeitslos meldet. Der Bezirk schließt Offenbach ein, wo von 5572 Mitgliedern 2294 arbeitslos waren. Am günstigsten liegen die Bezirke Rheinland und Westfalen mit 4,8 bzw. 3,9 Proz. Arbeitsloser. Berlin mit Bezirk Brandenburg hält mit 24,7 Proz. den Durchschnitt. Diese erheblichen Unterschiede zeigen, daß besondere Branchen unseres Verbandes besonders stark getroffen sind. Neben der Portefeuller- ist besonders die Reiseartikel- und Möbelfabrikation von der Krise heimgekehrt, während die Dreibriemenindustrie und die Sattlerhandwerksbetriebe weniger getroffen sind. Zu dem verhältnismäßig günstigen Resultat für Rheinland-Westfalen trägt bei, daß dort viele Arbeitslose in andere Industriezweige, vermuthlich vor allem Bergwerk, abgewandert sind.

Diese Zahlen erfüllen aber nicht den ganzen Umfang der Krise. In den Arbeitslosen treten noch die Kurzarbeiter. Es war leider nicht möglich, den Umfang der Kurzarbeit und die Verteilung der Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Branchen zu bearbeiten. Es fehlen uns leider noch immer die Fragebogen außer aus den obengenannten Orten aus weiteren 39 Orten. Bei dem wichtigsten Interesse, welches der Gesamtverband von einer widerlosen Feststellung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hat, bitten wir alle sämtlichen Verwaltungen um schnelle Zusendung der Fragebogen. Sobald die Resultate vorliegen, werden wir die Frage der Arbeitslosigkeit eingehender behandeln.

Die Krise in der österreichischen Leder-galanteriebranche.

Die „Einigkeit“, das österreichische Bruderorgan, berichtet unterm 6. August, daß die Krise und Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag größer wird. Entlassungen und Reduzierung der Arbeitszeit zwangen die Arbeiter, an die Unternehmer heranzutreten mit dem Verlangen, eine Entschädigung des entgangenen Verdienstes an die betroffenen Arbeiter zu zahlen, weil die Löhne ohnehin schon unzureichend sind. Dies wurde abgelehnt — gerade wie in Deutschland.

Die Unternehmer haben einen Vertrag vorgelegt, der den Anschein erweckt, als wollten sie die Arbeiter zu unerlegten Handlungen provozieren. Die Wiener Ledergalanteriearbeiter wollen in einer Versammlung hierzu Stellung nehmen, und sie erwarten, daß die Unternehmer daran denken, daß schon sehr bald ein Umschwung in der wirtschaftlichen Lage eintreten kann, die dann zur rückichtslosen Ausnutzung seitens der Arbeiter Veranlassung geben müßte. Man hofft deshalb, doch noch zum Abschluß eines Kollektivvertrages zu kommen.

Der Kollektivvertrag ist demnach für die österreichischen Galanteriearbeiter ein erstrebenswertes Ziel, von dem sie sich geordnete, stabile Löhne- und Arbeitsverhältnisse versprechen. Ein Beispiel dafür, daß Tarifverträge gerade in Zeiten wirtschaftlicher Depression äußerst wertvoll für die Arbeiter sind, ohne ihnen in Zeiten guter Konjunktur hinderlich zu sein.

Bericht von der Verhandlung der Bezirksflechtungskommission der Dreibriemenindustrie i. Frankfurt a. M.

Am 10. August hat auf Antrag des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes die Bezirksflechtungskommission sich mit der Frage der Erhöhung der tariflichen Leuerungszuschläge beschäftigt. Die Vertreter unseres Verbandes wiesen nach, daß die Lebensbedingungen in den letzten Monaten um 10 bis 20 Proz. teurer geworden sind. Daß ungelehrte Arbeiter mehr verdienen als die gelerntten Dreibriemenarbeiter. Der Vorsitzende Dr. Michel bestätigte diese Tatsache, während die Unternehmer erklärten, die ungünstige Lage der Dreibriemenindustrie lasse eine Lohnerhöhung nicht zu.

Nach eingehender Erörterung erging gemäß § 5 Ziffer 5 des Tarifvertrags vom 21. Mai 1919 auf Grund des Nachtrags IV folgende Entscheidung:

Im Bezirk Frankfurt a. M. werden die Leuerungsanschläge für die Dreibriemenindustrie ab 1. Juli 1920 von 140 Proz. auf 175 Proz. erhöht. Die Erhöhung hat bis zum 30. September 1920 Gültigkeit.

gez.: Dr. Michel, Fritz Schumacher, Richard Appel, Franz Lauth, Gustav Brusch.

Landestarif Sachsen für Tapezierer.

Kollege Lippold macht Stimmung für Tarifabschlüsse auf zentraler Grundlage und meint, daß es bei uns bald an der Zeit wäre, aus dem Fortwursteln herauszukommen. Jetzt wissen wir es nun, daß Kollege Lippold mit zu den geistigen Vätern dieses Landestarifes gehört. Die Unternehmer konnten mit diesem Schemen die örtlichen Verhandlungen über die günstige Geschäftslage hinaus verschleppen und wie in Genuß vor dem Schiedsgericht damit operieren. Ich bedauere es nicht, daß aus der Sache nichts geworden ist. Eine Frage ist es, ob die Gesamtmitgliedschaft wirklich großen Nutzen von zentralen Tarifen hat, ebenso die Arbeiterbewegung überhaupt. Ich möchte behaupten, daß dieses nicht zutrifft. Von Vorteil sind diese Tarife nur für die Gewerkschaftsbureaukratie. Die Reichstarife, welche vom alten Sattlerverband abgeschlossen sind, können wahrhaftig nicht zur Racheiferung und zum Vorbild empfohlen werden. Man kommt auf den Gedanken, daß diese Tarife hinter dem grünen Tisch gemacht sind. Die Mitglieder haben kaum Einfluß auf die Gestaltung gehabt. Wohin geht der Weg mit den zentralen Tarifen? Schritt für Schritt sucht sich die Gewerkschaftsbureaukratie ihre Positionen zu verbessern und zu sichern. Der Einfluß der Mitglieder auf die Gestaltung der Tarife wird ausgeschaltet, sie werden vor fertige Tatsachen gestellt. Die Vertreter der reinen Demokratie werden zum Diktator ihrer Klassengenossen. Nicht einmal eine Urabstimmung hält man mehr für notwendig. Und der Geist, der innerhalb der Kollegenchaft erzeugt wird! Mit dem Abschluß zentraler Tarife wird die Bequemlichkeit vieler Kollegen gefördert. Das bischen Interesse, welches sie den örtlichen Verhandlungen entgegenbringen, verliert sich, sie gehen uns geistig verloren. Außerdem tragen sie das selbstzufriedene Bewußtsein mit sich herum, daß sich kein Mensch mehr auf ihre Aktivität berufen kann. Die anderen machen es doch jetzt für alle. Schließlich kann noch die Meinung auftauchen, man will auf Umwegen zur Arbeitsgemeinschaft kommen. In erster Linie kommt es in der Gewerkschaft darauf an, das Klassenbewußtsein und den Klassenkampf zu fördern und nicht die Bequemlichkeit verschiedener Angefallener. (Auch so eine Ansicht von der Bequemlichkeit der Angefallenen, die in der Praxis anders aussieht. D. N.)

Franz Chemnitz.

Die „Notlage der Lederindustrie.“

In wela ungläublicher Weise Lederhandel und Lederindustrie das Volk ausgebeutet haben und noch ausbeuten, dafür bieten die bekannten Lederwerke Wiemann A.-G. (Fabrik in Neumünster) ein Beispiel. Dies Unternehmen, im Jahre 1898 als G. m. b. H. gegründet, wurde 1908 in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 200 000 Mk. umgewandelt. Im Laufe der Zeit wurde das Grundkapital auf 5 000 000 Mark erhöht. An Dividenden wurden in den letzten Jahren verteilt: 1914 20 Proz., 1915 30 Proz., 1916 25 Proz., 1917 22 Proz., 1918 10 Proz. und 10 Proz. Bonus in Kriegsanleihe, 1919 25 Proz. und 150 Mk. für jede Aktie im Nennwerte von 1000 Mk. = 15 Proz. durch Ausschüttung des Dividendenreservefonds. Für ihre mit 1000 Mk. bis 1250 Mk. bezahlte Aktie haben die Aktionäre allein in den Jahren 1914—1919 1470 Mark als Gewinn ausgezahlt erhalten. Dabei hat die Gesellschaft außer den offenen Reserven im Betrage von mehr als 1 000 000 Mk. noch stille Reserven in gleicher Höhe angesammelt, indem sie Gebäude, Maschinen, Utensilien, Gruben, Fuhrpark usw. mit

je 1 Mk. in die Bilanz einstellt, während allein Gebäude und Maschinen in dem Prospekt über die neuen Aktien mit zusammen 1 000 000 Mk. bewertet sind. Vor dieser Profitwirtschaft ist der Gesellschaft wohl selbst bange geworden, denn sie hat, um die eigenen Arbeiter einzuwideln, einer von diesen gegründeten Genossenschaft 300 Aktien zum Kurse von 112 zur Verfügung gestellt. „Hierdurch sollen die Arbeiter an dem Gedeihen des Unternehmens interessiert werden“, sagt der Aufsichtsrat, und jedenfalls bei der Preispolitik keine Schwierigkeiten machen. Der Betriebsrat wird hierbei allerdings besonders vorsichtig sein müssen und nicht vergessen dürfen, daß er nicht nur die Interessen des eigenen Betriebes, sondern auch die der Allgemeinheit zu vertreten hat. (§ 68 B.R.G.)

Achtung! Anspruchsberechtigte — Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge.

Nachdem der Termin zur Einfindung der erforderlichen Papiere am 17. Juni 1920 abgelaufen ist, können nunmehr die Auszahlungen aus dem Kriegsanteilsfonds beginnen. Es stehen aus diesem Fonds 461 980 Mk. zur Verfügung. 6162 Sterbefälle sind gemeldet worden, für die insgesamt 10 774 Anteilsscheine gelöst wurden. Die somit auf jene Anteilsscheine ersfallende und zur Auszahlung gelangende Summe beträgt — auf volle Mark nach oben abgerundet — 43 Mk.

Wir richten daher an alle diejenigen, die ihre Ansprüche unter Vorlage der Papiere rechtzeitig der Volksfürsorge gemeldet haben, die Aufforderung, die in ihrem Besitze befindlichen Anteilsscheine an das Hauptbureau der Volksfürsorge, Hamburg 5, Beim Strohhause 33 I, einzufinden und die jegliche genaue Adresse auf dem Anteilsschein selbst anzugeben. An diese Adresse wird die Volksfürsorge von Hamburg aus direkt die Beträge zur Abfindung bringen.

Im Interesse einer schneller Abwicklung der Angelegenheit ist es erwünscht, daß diesem Aufrufe sofort entsprochen wird. Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, Hamburg 5.

Zur Einreichung der Tarifverträge

gibt der preussische Minister für Handel und Gewerbe bekannt, daß nach § 6b Abs. 2 der Verordnung vom 31. Mai 1920 (R.W. S. 1128) die Vertragsparteien von Tarifverträgen, für die Gewerbeaufsichtsbeamten in deren Bezirk sich Betriebe der Vertragsparteien befinden, der Landeszentralbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle je einen Abdruck oder eine Abschrift des Tarifvertrages sowie sämtliche dazu vereinbarten Ergänzungen und Änderungen kostenfrei einzureichen haben.

In Ausführung dieser Vorschrift bestimmt der Minister, daß die hernach einzureichenden Abdrücke oder Abschriften der Tarifverträge von den Vertragsparteien ohne besondere Aufforderung in der erforderlichen Zahl kostenfrei an die Regierungspräsidenten, in deren Bezirk sich Betriebe der Vertragsparteien befinden (für den Landespolizeibezirk Berlin an den Polizeipräsidenten in Berlin), einzufinden sind. Soweit der Geltungsbereich der Tarifverträge über den Umfang eines Regierungsbezirks oder des Landespolizeibezirks Berlin hinausgeht, sind die Abdrücke oder Abschriften an die Oberpräsidenten und soweit der Geltungsbereich über den Umfang einer Provinz hinausgeht, an mich zu übersenden.

Die Bestimmung bezieht sich sowohl auf die für allgemein verbindlich erklärten als auch auf die nicht für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträge.

Goldene Worte für die Agitation.

Wenn ich bei jemand, der nach meiner Voraussetzung schwer begreift, Propaganda machen will, so sage ich ihm ungefähr:

Du arbeitest früh und spät und bekommst so wenig dafür, daß du dich mit deiner Familie nicht einmal hinreichend sättigen, nötig fühldest und anständig überbergen kannst; du hast gar keine sorgereiche Zukunft vor dir, indem dir das tägliche Brot nicht gesichert ist; deine ganze Existenz hängt von einem reinen Zufall ab; sobald dir der Arbeitgeber deine Arbeit entzieht oder du krank wirst, so müssen du und die Deinigen Not leiden; kaum daß man euch mit Verachtung von den reichen Gottesgaben kleine Leberreste, Brojanten, die von der reichen Tische fallen, unter hundert Zurechtweisungen zumirrt, während der da drüben recht angenehm und mit seiner Familie im Ueberfluß, herrlich und in Freuden lebt, ohne daß er oder eines der Seinigen dafür zu arbeiten braucht. Alles, was sie zur Vermeidung ihrer taufendjährigen Bedürfnisse nötig haben, bekommen sie auf den leisesten Wink mit allem Gehorsam von uns armen Leuten zugefleht.

Ist das recht? Nein, wird da ein jeder antworten, das ist nicht recht. — Wärscht du nicht froh, wenn das einmal anders würde? — Ja freilich, wird hier wieder ein jeder antworten. Mitbin ist also die große Mehrzahl, kurz, alle Ueberworteiten, für eine Aenderung der Dinge, ohne die vermöglichen Menschenfreunde zu berühren, welche das Los ihrer leidenden Mitmenschen zu erleichtern und alles Elend und allen Jammer abguschaffen sich bemühen. Es fehlt also weiter nichts, als einem zu sagen: Komm und schließ dich uns an; wir wollen zusammen beraten, auf welche Weise die wirksamste Propaganda zu machen ist und wie dem betrübenden Zustande, in dem wir uns befinden, am baldesten und besten könne abgeholfen werden.

Wilhelm Weitzling
in „Das Evangelium eines armen Sünders“, 1913.

Streiks und Lohnbewegungen.

Hamburg. Sattler. Die Arbeitsgemeinschaft vereinbarte, daß ab 1. August die Löhne für die Handwerksbetriebe nach dem Reichsleiterwarentarif zu zahlen sind. Die Mindestlöhne betragen im 1. Jahr nach der Lehre 3,18 Mk., im 2. Jahr nach der Lehre 3,50 Mk. von 20—23 Jahren 4,24 Mk., über 23 Jahre 5,04 Mk. pro Stunde. Außer den Lohnsätzen bleiben sämtliche Bestimmungen des Reichstarifs für Handwerksbetriebe in Kraft.

Eisenach. Tapezierer. Der Abwehrkampf gegen die Lohnreduzierung geht weiter. Ein Teil der Betriebe sah sich bereits genötigt, die bisherigen Löhne wieder anzuerkennen. Im Streik stehen nunmehr 18 Kollegen.

Korrespondenzen.

Bautzen. (10. 8.) Versammlung vom 29. Juli. Nach dem Kartellbericht und Erstattung der Abrechnung wird berichtet, daß die Znnung betreffs der Arbeitsgemeinschaft sich noch nicht gerührt hat. Die Betriebsräte der Firma Leuner sind sehr im Rückstand, so daß man zur Wahl eines neuen Schreien mußte. Schärfster Widerspruch wird erhoben gegen die Einstellung eines Kollegen Richter in die Wagenfabrik. Derselbe führt eine Doppellegitizenz, insbesondere 41 Mitglieder. Otto Kofel.

Bremen. Versammlung vom 29. Juli. Kollege Haupt erinnert an das neue Statut. Ein Antrag, den noch nicht bezugsberechtigten Ausgesteuerten sowie ausgesteuerten Kranken den Wochenbeitrag aus der Lotteriefasse zu gewähren, wird gegen 6 Stimmen angenommen. Haupt weist darauf hin, daß nur die Kollegen, die sich ab 1. August bei dem Kassierer arbeitslos melden, diese Unterstützung erhalten. Als Hauptkassierer wird Kollege Kreuzgrabe gewählt. Haupt dankt dem bisherigen Kassierer Nühning für seine langjährige Tätigkeit. Als Hauptkassierer werden gewählt: Wolfbauer, Schulz und Niemann. Haupt berichtete von der Vorstandskonferenz. Dem Gewerkschaftshaus ist eine Hypothek von 65 000 Mk. gekündigt worden, das Gehl soll von den Gewerkschaften aufgebracht werden. Es wird beschloffen, daß sämtliche Kollegen, die in der Woche vom 1. bis 7. August in Arbeit stehen, einen Beitrag von 2,50 Mk. zu zahlen haben. Dann macht Haupt noch bekannt, daß das Gewerkschaftstarell den Vertrieb von Schuhen übernimmt zu annehmbaren Preisen. Er erjucht die Kollegen, davon Gebrauch zu machen. Fr. Osterburg.

Chemnitz. (10. 8.) In der am 31. Juli abgehaltenen Versammlung referierte Genosse Altermann über Steuerpolitik in alter Zeit und Gegenwart. Ueber die mißliche Lage der Lehrlinge, hauptsächlich in der Entschädigungsfrage, welche durchaus nicht mit den Zeitverhältnissen Schritt gehalten haben, sind uns schon oft Bescherden zugegangen. Vorstand sowie die Lehrlingskommission wurden beauftragt, die Öffentlichkeit anzurufen und entsprechende Berichte an die Zeitungen zu senden. Unser Sommerfest findet am 29. August im „Bismarckschlößchen“ statt. Der Versammlungsbesuch war flau. L. Eichler.

Rundschau.

Von den Kosten der Zeitungen und der Not der Nationen. Die Herstellungskosten der Zeitungen sind zurzeit derart hoch, daß selbst die größten Verbände sich auf Herausgabe einer vierseitigen Nummer zu beschränken suchen. Der „Courier“, Organ des Transportarbeiterverbandes, berichtete kürzlich, daß die Jahresausgabe für die Presse rund 8 Millionen Mark betragen habe. Der Vorstand habe sich deshalb entschloffen, das Blatt nur noch 4 Seiten stark herauszugeben, statt wie bisher 8, 12, 16 Seiten stark. Selbst die „Metallarbeiterzeitung“ erscheint seit geraumer Zeit 4seitig. Die „Vergarbeiterzeitung“ gar ist nur zweifig herausgekommen und so geht es allen Gewerkschaftszeitungen.

Was nun unser Organ betrifft, so geht es uns nicht besser. Unter diesen Umständen ist es recht schwer, unsere Mitarbeiter und Leser gleicherweise zufrieden zu stellen. Unsere Mitarbeiter bitten wir dringend, ihre Gedanken so kurz und klar wie möglich zu fassen, und nur Tatsachen zu berichten, die auch verdienen bekannt zu werden.

Ferner bitten wir, auch sparsam mit der Zeitung umzugehen. Die Orte müssen es der Zentralverwaltung sofort mitteilen, wenn sie mehr oder weniger Exemplare brauchen. Vor allem müssen aber die mehr gelieferten Zeitungen zur Agitation verwendet werden. Nach dieser Aufklärung werden uns hoffentlich Schriftführer und Mitarbeiter gerecht werden.

Die Arbeitslosigkeit hat weiter zugenommen. Nach den amtlichen Berichten betrug am 15. Juli die Zahl der männlichen Erwerbslosen 262 989, die der weiblichen 94 154, zusammen 357 143 gegen 321 126 am 1. Juli und 297 185 am 15. Juni 1920. Zu diesen Erwerbslosen kommen die Familienangehörigen, die sich auf 328 997 beziffern. Die Zahl der Erwerbslosen hat sich im letzten Monat also um rund 60 000 vergrößert.

Ähnlich wie die deutschen, können auch die tschechoslowakischen Gewerkschaften auf eine rapide Zunahme der Mitgliederzahlen zurückblicken. Im Jahre 1919 stieg die Zahl der Mitglieder von 161 247 auf 657 203. Entsprechend sind auch die Einnahmen von 111 499 auf 401 388 Kronen gestiegen.

Die deutschen Gewerkschaften haben eigene Organisationen, ebenso die ungarischen. Das internationale Gewerkschaftssekretariat will erneut versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Die tschechoslowakischen Arbeiter haben sehr terroristisch agitiert. Das hat zu einer Regierungsverordnung Anlaß gegeben, die den Terror und Organisationszwang mit hohen Strafen bedroht.

Nährpflicht an Stelle der Wehrpflicht. Eine Vereinigung in Hamburg will an Stelle der Militärdienstpflicht eine Arbeitspflicht auf dem Lande für alle Zwanzigjährigen eingeführt wissen.

Dadurch soll die Arbeitslosigkeit in den Großstädten vermindert und die Nahrungsmittelerzeugung gesteigert werden.

Sitz der Vereinigung: Hamburg, Jungfrauenatal 26.

Soziales.

Arbeiten für das neue Arbeitsrecht. Der Ausschuß zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Arbeitsgesetzbuches ist am 28. und 29. Mai unter Leitung seines Vorsitzenden, des Ministerialdirektors Siefert, im Reichsarbeitsministerium zu Beratungen zusammengetreten. Nach Erlehung zweier durch den Tod ausgeschiedenen Mitglieder besteht der Ausschuß jetzt aus folgenden Personen:

- Ministerialrat Professor Dr. Adler (Wien),
- Frauilein Dr. phil. Marie Baum (Hamburg),
- Rechtsanwalt Dr. Georg Baum (Berlin),
- Sächsischer Geheimer Rat und Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Dr. Dehne (Dresden),
- Arbeitssekretär und Redakteur Erlelung (Berlin-Baumtschulenweg),
- Professor Dr. E. Franke (Dießen),
- Frauilein Dr. Käthe Gabel (Berlin),
- Professor Dr.

Kaszel (Berlin), Magistratsrat Dr. Landsberger (Charlottenburg), Geheimer Justizrat Professor Dr. Dertmann (Göttingen), Dr. Heing Rothhoff (München), Sektionsrat Professor Dr. Bribram (Wien), Bayerischer Ministerialdirektor Dr. Rehmer (Berlin), Nestor Franz Roehr (Berlin), Rechtsanwält Professor Dr. Einzgeimer (Frankfurt a. Main), Gewerberat Ernst Schmitt (Berlin), Redakteur Umpeit (Berlin), Reichsminister a. D. Wissell (Berlin), Professor Dr. Holzendorff (Halle).

Außerdem wirken an der Ausarbeitung des Entwurfs noch eine Anzahl von Mitarbeitern mit, die einzelne Sonderfächer bearbeiten. Die Arbeiten der von dem Gesamtanwschusse gebildeten Unteraussschüsse sind zum Teil bereits weit fortgeschritten. In Bearbeitung sind besonders die Entwürfe eines Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes, eines Heimarbeitgesetzes, eines Hausdienstgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes, sowie mehrere Sonderabschnitte des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts. Die vorerwähnten Gesetzentwürfe sollen vorweg erledigt und später in das Gesamtwerk eingearbeitet werden. In Aussicht genommen ist ferner ein Gesetz über Arbeitsbehörden. Die Beratungen am 28. und 29. Mai hatten hauptsächlich die Erörterung der bisher vorliegenden Vorentwürfe, besonders eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes zum Gegenstande.

Außerdem fand eine Aussprache darüber statt, wie die Fortführung der Arbeiten zweckmäßig zu gestalten und tunlichst zu fördern sei. Auch wurden die Beziehungen zum internationalen Arbeitsrecht, namentlich mit Rücksicht auf die von der Hauptversammlung des Internationalen Verbandes der Arbeit im Oktober und November 1919 in Washington gefassten Beschlüsse, erörtert. An der Besprechung des Tarifvertragsgesetzes nahmen auch Mitglieder des Tarifrechtsausschusses der Gesellschaft für Soziale Reform teil.

Bücherschau.

Thurow, Heinrich. Wutu Simbas in Europa. 171 S. Preis 6 Mk. Buchhandl. Vorwärts, Berlin. Eine Negergeschichte. Simbas ist als Kämpfer im Weltkrieg nach Europa gebracht worden. Hier lernt er Europas überlindete Kultur kennen, bis es ihm schließlich glückt, wieder zurück in seine afrikanische Heimat zu entfliehen.

Im Verlag Gesellschaft und Erziehung erschien: Otto Nühle: Neues Kinderland. Preis 2,50 Mk. — Aug. E. Hoffmann: Ratgeber für Kriegshinterbliebene. Preis 4,50 Mk. — Otto Nühle: Kind und Umwelt. Preis 2,50 Mk. — Georg Pläß: Der Reichswirtschaftsrat, seine Rechte, Aufgaben und Aufbau. Adressen der Mitglieder usw. Preis 2,50 Mk.

Versammlungskalender.

Berlin. Linoleumleger, Leppichnäher. Donnerstag, den 26. August, bei Offe, Wallstr. 32/33.
Gleiwitz. 31. August, abends 7½ Uhr.

Sterbetafel.

Berlin. Am 8. August starb Kollege Gustav Kuhnow, Militärbranche, im Alter von 57 J. Bielefeld. Am 1. August starb unser Kollege Richard Lindemann im Alter von 25 J. Cassel. Am 4. August starb der Kollege Tapezierer Wilhelm Weitztroy im Alter von 25 Jahren.
Leipzig. Im Alter von 85 Jahren verschied unser Mitglied Kschischow an Lungenentzündung.
Bibac. Am 9. August starb unser Kollege AdoIf Jung aus Braunschweig im Alter von 20 J. Ehre ihrem Andenken!

Zentralranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder u. verw. Geschäftszw.

Am Dienstag, den 10. August, verschied nach langem schweren Leiden unser alter **Ludwig Woller** im nahezu vollendeten 76. Lebensjahre.

Der Verstorbene gehörte unserer Kasse seit dem Jahre 1876 an und ist in dieser langen Zeit ununterbrochen, zuletzt als Mitglied des Aufsichtsrats, für dieselbe tätig gewesen. Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin entsandten unseren Freund Woller ständig zu den Generalversammlungen der Kasse, denen er in den letzten Jahrzehnten als Alterspräsident vorgestanden hat, bis ihn im Vorjahr sein Leiden hinderte, das Mandat auszuüben.

Wir verlieren einen unserer Besten, einen treuen Mitarbeiter, einen offenen guten Charakter, einen Menschen, dessen Andenken dauernd in unserer Kasse fortleben wird.

Leipzig und Berlin, den 13. August 1920.
Der Zentralvorstand. Der Aufsichtsrat.

Tücht. Portefeuller auf Damentaschen u. Stiefeln

von Ledertwarenfabrik in rheinischer Großstadt gesucht. Es wollen sich nur solche melden, die auf dauernde Stellung reflektieren. Angebote mit genauen Angaben über bisherige Tätigkeit unter **D. L. 60** an die Expedition d. Blattes.

Portefeuller-Handwerkszeuge,

Tische, Regal, Faltenbrechmaschine, Pappen

bei **Hänelt** Neukölln, Weisefstr. 64 I 6-8 Uhr abends.